



Neustart für Berlin

Öl- und Gasheizungsverbot spaltet Ampel und Gesellschaft Seite 7

Neubeginn für die Berliner Bildungspolitik Seite 12

Künstliche Intelligenz als Chance begreifen Seite 13

Die Neuen für Tempelhof-Schöneberg

Eva Majewski

Stadträtin für Stadtentwicklung und Facility-Management

„Es ist eine große Ehre, seine Heimat an so verantwortungsvoller Stelle mitgestalten zu dürfen! **Tempelhof-Schöneberg hat Platz für jeden, unabhängig vom Lebensentwurf.** Dazu kommen das reiche Kulturangebot, großartige Essens- und Ausgelmöglichkeiten und viele Parks für die Freizeitgestaltung. Wohnen muss allerdings einfacher und günstiger werden. **Wir brauchen mehr Wohnraum,** gleichzeitig muss soziale Infrastruktur mit bedacht werden.“



Bild: ©Tobias Koch

stadt@ba-ts.berlin.de

Katharina Senge

Abgeordnete für Schöneberg

„Bei mir treffen die Schönebergerinnen und Schöneberger auf ein offenes Ohr - von der kaputten Haltestelle bis zum Behördenranger. **Wir arbeiten zwischen Bezirks- und Landesebene eng zusammen,** um Sie bei Ihren Anliegen zu unterstützen und Lösungen zu finden.“



Bild: ©Tobias Koch

www.katharina-senge.de

Frank Luhmann

direkt gewählter Abgeordneter für Tempelhof

„Mein Antrieb und politisches Netzwerk ist die Basis, **meine Lobbyisten sind die Menschen in Tempelhof.** Für deren Belange möchte ich mich als gebürtiger Tempelhofer stark machen. Ich liebe unseren Bezirk, er ist Großstadt und Idylle zugleich. Das alles macht ihn so lebenswert und das möchte ich wahren. Ich stehe für eine Politik, bei der wir Bürger wieder Auftraggeber sind und nicht Bittsteller.“



Bild: ©Tobias Koch

www.frank-luhmann.de

Editorial & Inhalt

liebe Leserinnen, liebe Leser,

bei den Wiederholungswahlen am 12. Februar 2023 wurde die CDU klarer Wahlsieger – die Berlinerinnen und Berliner wollten einen echten Politikwechsel. Berlin soll weiterhin liberal, weltoffen und auch bunt bleiben, aber gleichzeitig auch eine sichere Stadt werden, in der die Menschen leichter eine bezahlbare Wohnung finden und die eine effiziente und bürgernahe Verwaltung hat. Eine Stadt, in der Autofahrer nicht gegen Radfahrer ausgespielt werden, sondern in der alle berechtigten Interessen ernst genommen und ausgeglichen werden.

Das in den Koalitionsverhandlungen mit der SPD umzusetzen, war nicht einfach. Der gemeinsame Vertrag bildet aber eine gute Grundlage, um Berlin in diesem Sinne jeden Tag ein Stückchen besser zu machen. Nicht nachvollziehbar ist deswegen, dass Abgeordnete der SPD die Wahl von Kai Wegner zum Regierenden Bürgermeister genutzt haben, um mit ihrer eigenen Führung abzurechnen. Staatspolitisch halte ich das für unverantwortlich. Dies zeigt sehr deutlich: Die Koalition mit der SPD ist keine Liebesheirat, sondern eine Vernunfttehe.

Wichtiger ist nun aber der Blick nach vorn. Kai Wegner hat eine starke Senatsmannschaft gebildet, die bereits erste wichtige Entscheidungen getroffen hat: Der Entwurf des Mobilitätsgesetzes wurde zurückgestellt, viele ideologische Verkehrsprojekte stehen jetzt auf dem Prüfstand – auch bei uns in Tempelhof-Schöneberg. Ein schärferes Vorgehen gegen die Klimakleber wird geprüft und den Schulen wird mehr Autonomie bei der Lehrereinstellung gewährt. So kann es weitergehen.

Ein „Weiter so“ im negativen Sinne gibt es dagegen leider in Tempelhof-Schöneberg. Auch in unserem Bezirk hat die CDU die Wahl mit großem Abstand gewonnen und stellt in der



Bezirksverordnetenversammlung die deutlich stärkste Fraktion. Doch diesen klaren Auftrag der Wählerinnen und Wähler ignorieren SPD und Grüne. Diese haben zwar ihre Mehrheit verloren, setzen ihr bisheriges Bündnis aber unter Zuhilfenahme der Linkspartei fort. Insbesondere die Grünen werfen dafür Prinzipien über

Bord, um ihren Bezirksbürgermeister an der Macht zu halten. Parlamentarische Traditionen werden missachtet, weitreichende Forderungen von Linken und SPD übernommen. Für die Menschen im Bezirk sind das keine guten Nachrichten. Die stark ideologisierte und von Verboten geprägte Politik wird fortgesetzt und mit ein paar sozialistischen Einsprengseln garniert.

Von einem Politikwechsel keine Spur – groß ist daher die Ernüchterung bei all denjenigen, die mit ihrer Stimme bei den Wahlen etwas zum Besseren verändern wollten. Grund zu verzagen, gibt es allerdings nicht. Die Mehrheit von Grünen, SPD und Linken in der Bezirksverordnetenversammlung ist denkbar knapp, inhaltliche Differenzen bereits jetzt erkennbar. Als CDU werden wir daran arbeiten, diese sichtbar zu machen und den Menschen im Bezirk eine echte inhaltliche Alternative zu bieten. Ich freue mich, wenn Sie uns auf diesem Weg mit Anregungen und Kritik begleiten.

Dr. Jan-Marco Luczak

Dr. Jan-Marco Luczak, MdB
Kreisvorsitzender
CDU Tempelhof-Schöneberg

In dieser Ausgabe...

Seite 7

Öl- und Gasheizungsverbot spaltet Ampel und Gesellschaft



Seite 12

Neubeginn für die Berliner Bildungspolitik



Seite 13

Künstliche Intelligenz als Chance begreifen



Seite 14

Was ist drin für Schöneberg? Der schwarz-rote Koalitionsvertrag unter der Lupe

Schulplatzmangel – Berlin braucht Trendwende in der Bildungspolitik

Ein Kommentar von Tobias Dollase, Stadtrat für Schule, Sport, Weiterbildung und Kultur.



Bild: ©Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg

Mit dem Beginn des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine ist die Zahl geflüchteter Menschen in Berlin noch einmal deutlich angestiegen. Die Einrichtung von immer mehr Willkommensklassen stellt die Bezirke vor gewaltige Herausforderungen.

Die gute Nachricht zuerst: In Tempelhof-Schöneberg ist es meinen Mitarbeitern durch frühzeitige und flexible Planung gelungen, den Bedarf an zusätzlichen Willkommensklassen zu decken und entsprechende Räume bereitzustellen. Neben zusätzlichen Räumlichkeiten werden sogenannte Doppelnutzungen vorgenommen, also Unterricht im Schichtsystem. Dadurch kann sowohl am Vor- als auch am Nachmittag und entsprechend für eine höhere Anzahl an Schülern Unterricht angeboten werden. Damit sind aber längst nicht alle Probleme gelöst. Weiterhin fehlen Lehrkräfte. In den Willkommensklassen beginnt die Beschulung daher sukzessive, sobald entsprechendes Personal eingestellt wird.

Sicherung von genügend Schulplätzen bleibt langfristig Herausforderung

Die Schulplatzversorgung wird eine der größten Aufgaben bleiben, nicht nur in den Willkommensklassen. Die Prognosen zur Entwicklung der Schülerzahlen und die Bevölkerungsprognose zeigen weiter nach oben, Schulneubau und Erweiterungsmaßnahmen kommen kaum hinterher. Während bei den Grundschulen durch die Festlegung von Einschulungsbereichen darauf Einfluss genommen werden kann, alle im Bezirk wohnenden Kinder zu versorgen, gestaltet sich die Verteilung auf weiterführende Schulen komplizierter: Hier gilt nicht ausschließlich das Wohnortprinzip, sondern die jeweiligen Aufnahmekriterien der Schulen entscheiden zunächst darüber, wer aufgenommen wird. Erst ab dem Zweitwunsch erhalten Wohnortkinder Vorrang bei der Vergabe noch freier Schulplätze. Allerdings stehen nach dem

Erstwunschverfahren an einigen bezirklichen Schulen bereits gar keine freien Schulplätze mehr zur Verfügung. In der Folge ist für die nächsten Jahre davon auszugehen, dass immer mehr Kinder keinen ihrer Schulwünsche erfüllt bekommen und in anderen Schulen zusätzliche Plätze geschaffen werden müssen. Hinzu kommt, dass Tempelhof-Schöneberg im Bereich der weiterführenden Schulen zu den sogenannten aufnehmenden Bezirken gehört. Es besuchen mehr Kinder und Jugendliche aus anderen Bezirken Schulen in Tempelhof-Schöneberg als umgekehrt. Für neu zugewanderte und geflüchtete Kinder und Jugendliche wiederum gilt einzig das Wohnortprinzip, für große Notunterkünfte wie auf dem Tempelhofer Feld gibt es leider keinerlei zentrale Steuerung.

Personalengpässe gefährden Bildungsgerechtigkeit

Insgesamt führen die unterschiedlichen Regelungen bei den Zuständigkeiten und Aufnahmebedingungen immer häufiger zu Versorgungsungerechtigkeit. Bislang schaffen wir es unter großen Anstrengungen und durch eine hohe Auslastung der vorhandenen Schulkapazitäten sowie mithilfe temporärer Maßnahmen wie Containern noch, die Schulplatzversorgung für die Kinder aus unserem Bezirk zu gewährleisten. Die Einrichtung zusätzlicher Klassen und Lerngruppen ist aber letztlich auch davon abhängig, dass entsprechendes pädagogisches Personal zur Verfügung steht. Hier liegt die Verantwortung bei der Regionalen Schulaufsicht der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie mit ihren Außenstellen in den Bezirken.

Die Menschen sind da und wollen lernen, es muss also schnell geholfen werden. Sprache ist der Schlüssel für schnelle Integration. Hinzu kommt, dass die häufig traumatisierten Kinder eine Struktur im Alltag benötigen.

Grüne Vetterwirtschaft im Wirtschaftsministerium

Familienförderung falsch verstanden



In der „Trauzeugenaffäre“ im Wirtschaftsministerium von Robert Habeck kommen fast täglich neue Details ans Licht. Das familiäre Netzwerk des inzwischen entlassenen Staatssekretärs Patrick Graichen ist größer als zunächst angenommen, die Zahl seiner dienstrechtlichen Vergehen ebenfalls. Die Frage lautet: Wie konnte so etwas passieren? Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck steht unter Druck.

Aufgeflogen war Graichens Familiennetzwerk, nachdem er seinem Trauzeugen zu einer hochdotierten Stelle in der bundeseigenen Deutschen Energie-Agentur „Dena“ verholfen hatte. Als Mitglied der dreiköpfigen Findungskommission sprach er sich für diesen aus – verheimlichte aber seine persönliche Freundschaft zum Bewerber. Dies wurde öffentlich, Graichen musste sich entschuldigen – und

Wirtschaftsminister Habeck wollte den Fall für erledigt erklären. Schon damals kritisierte der Rechtsexperte der Union Jan-Marco Luczak: „Das bloße Eingeständnis eines Fehlers reicht keineswegs aus. Es geht nicht nur um eine Dienstpflichtverletzung, sondern hier ist das Vertrauen in die Integrität von staatlichen Entscheidungen verletzt. Da kann man nicht einfach sagen: ‚Schwamm drüber.‘“

Tiefe familiäre Verstrickungen

Die Wagenburgmentalität des Ministers hielt nicht lange. Kurz nach Bekanntwerden der ersten Vorwürfe wurde deutlich, dass die Verquickung von persönlichen Verhältnissen im Wirtschaftsministerium kein Einzelfall ist: Sowohl die Schwester als auch der Bruder von Patrick Graichen, Verena und Jacob Graichen, sind Vertreter des Öko-Instituts e.V., welches vom Wirtschaftsministerium regelmäßig mit üppig dotierten Gutachtenaufträgen beauftragt wird und die Bundesregierung berät. Zudem ist Verena Graichen mit Michael Kellner verheiratet, der ebenfalls Staatssekretär der Grünen im Wirtschaftsministerium ist. Dann kam heraus: Patrick Graichen hatte eine Förderung in Höhe von 600.000

Euro für den Berliner Landesverband des BUND freigegeben – in dessen Vorstand aber sitzt seine Schwester, Verena Graichen. Das brachte das Fass zum Überlaufen, Habeck konnte seinen Schützling nicht länger protegieren. Er zog die Reißleine und entließ ihn.

Habeck unter Druck

Für Luczak ist der Skandal damit noch nicht beendet: „Wirtschaftsminister Habeck muss sicherstellen, dass das verfassungsrechtliche Prinzip der Bestenauslese gewahrt wird. Persönliche Bekanntschaften und familiäre Verflechtungen bei zentralen Akteuren der Klimawende müssen ausgeschlossen sein und die Fachexpertise im Vordergrund stehen. Ansonsten ist nicht nur die Glaubwürdigkeit des Ministers endgültig dahin, sondern auch das Vertrauen der Menschen darauf, dass Gesetze im Wirtschaftsministerium rational, objektiv und ausgewogen erarbeitet werden“, so Luczak. Es dürfe sich nicht wiederholen, dass wie beim Heizungsverbotsgesetz mit der Brechstange versucht werde, eine bestimmte Ideologie durchzusetzen. Dieses stammte nämlich aus der Feder ebenjenes Patrick Graichen.

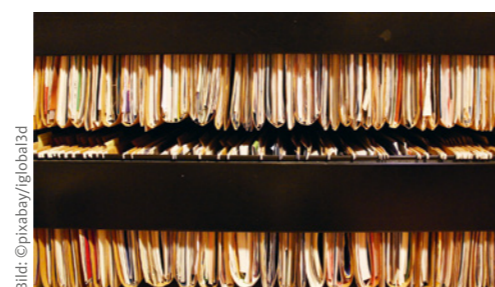
Steueraffäre Scholz-Warburg aufklären

Erinnerungslücken des Kanzlers unglaublich

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur „Steueraffäre Scholz-Warburg“ beantragt. Dabei geht es um den Verzicht der Hamburger Finanzbehörde auf Steuerrückzahlungen in Höhe von 47 Millionen Euro, zu der die Warburg-Bank wegen rechtswidriger Cum-Ex-Geschäfte verpflichtet war. Gab es hier politische Einflussnahme des seinerzeitigen Bürgermeisters von Hamburg Olaf Scholz? Dieser Verdacht steht im Raum – denn kurz vor der Entscheidung der Finanzbehörde traf sich Scholz mehrmals

mit dem damaligen Miteigentümer der Bank. Konkrete Erinnerungen an die Gespräche will er allerdings nicht haben.

„Bis heute konnte Olaf Scholz den Verdacht der politischen Einflussnahme nicht ausräumen“, so der Rechtsexperte der CDU/CSU Jan-Marco Luczak. In einer eigens zu diesem Thema angesetzten Regierungsbefragung berief sich der Bundeskanzler auf Erinnerungslücken und wich nahezu allen Fragen aus. „Statt Glaubwürdigkeit auszustrahlen und Zweifel auszuräumen, werden die Indizien für



eine politische Einflussnahme immer reichhaltiger“, so Luczak.

Die Steueraffäre der Hamburger Warburg-Bank gilt als einer der größten Steuerskandale der deutschen Nachkriegsgeschichte. Die betei-

ligten Banken hatten sich in einem raffinierten Verwirrspiel von den Finanzbehörden Kapitalertragsteuern erstatten lassen, die sie selbst jedoch nie gezahlt hatten. Der Fiskus wurde um mehr als zehn Milliarden Euro geschädigt.

Größter Bankenskandal der Geschichte

Im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Bundestages soll es jedoch nicht um den Cum-Ex-Komplex selbst gehen, sondern darum, warum die Hansestadt Hamburg im Jahr 2016 die Rückforderung von zu Unrecht erhaltenen Steuererstattungen aus Cum-Ex-Geschäften der



Warburg-Bank verjähren lassen wollte.

Zunächst wollte die Hamburger Finanzbehörde Steuern in Höhe von 47 Millionen Euro zurückfordern – dann entschied sie sich überraschend anders. In der Zeit dazwischen gab es mindestens zwei Treffen und ein

Telefonat zwischen dem damaligen Ersten Bürgermeister Olaf Scholz und dem damaligen Aufsichtsratsvorsitzenden und Miteigentümer der Warburg Bank, Christian Olearius.

Erinnerungslücken unglaubwürdig

Gab es hier einen Zusammenhang? Der Verdacht liegt nahe. Scholz selbst konnte sich zunächst an keine Treffen erinnern, als es dafür stichhaltige Belege gab, räumte er die Treffen ein. Zu konkreten Gesprächsinhalten hatte er angeblich aber keinerlei Erinnerung mehr. Er beruft sich bis heute auf Gedächtnislücken.

Öl- und Gasheizungsverbot spaltet Ampel und Gesellschaft

Die geplante Reform des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) erregt weiterhin die Gemüter. Demnach müssen ab dem Jahr 2024 neu eingebaute Heizungen zu mindestens 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden – fossile Heizungen mit Öl oder Gas sind nicht mehr erlaubt. Viele Eigenheimbesitzer und Hauslebauer droht nun die finanzielle Überforderung. Denn der Einbau einer oftmals notwendigen Wärmepumpe kostet leicht viele zehntausende Euro.

„Ein gesetzlicher Plan kann niemals die Realität ersetzen“, so der baupolitische Sprecher der CDU/CSU Jan-Marco Luczak. „Damit setzt man die Akzeptanz für die Wärmewende aufs Spiel“, kritisiert er und fordert die Ampel zum Einlenken auf: „Die Vorgaben des Gebäudeenergiegesetzes müssen deswegen auf ein vernünftiges, nämlich machbares Maß zurückgeführt werden.“

Auch in der Ampel selbst ist das Vorhaben umstritten. Die FDP machte in einer Protokollerklärung geltend, dass sie Änderungen des Gesetzes für notwendig erachte. So sei es weder umsetzbar noch finanzierbar. Dennoch stimmte sie zu, für Luczak ein „nicht auflösbarer Widerspruch.“



Er fragt: „Wieso hat die FDP dann überhaupt zugestimmt? Das ist keine Protokollerklärung, sondern eine Bankrotterklärung der politischen Glaubwürdigkeit.“

Ältere Menschen besonders betroffen

Insbesondere ältere Menschen droht das Gesetz zu überfordern. Technologieoffenheit, so Luczak, werde nur vorgaukelt, um die Vorgaben im Gesetz zu erfüllen, Eigenheimbesitzer seien oft gezwungen, sich eine Wärmepumpe einzubauen. „Dann sind aber häufig weitere Sanierungsmaßnahmen wie Dämmung oder Fußbodenheizung notwendig, damit die Anlage effizient betrieben werden kann.“ Leicht werden hier Investitionen in sechsstelliger Höhe fällig, was nicht nur, aber insbesondere für ältere Menschen kaum

zu stemmen sei. Denn diese bekämen bei der Bank regelmäßig keinen Kredit mehr: „Es besteht also Gefahr, dass ältere Menschen am Ende gezwungen werden, ihr Eigenheim zu verkaufen. Das grenzt an kalte Enteignung“, so Luczak.

In Realität nicht umsetzbar

Nicht gelten lässt der Baupolitiker den Einwand der Ampel, dass das Gesetz sozial flankiert und mit einer Förderung begleitet werden soll: „Das ist unglaubwürdig. Das Gesetz hat die Ampel beschlossen, die Förderung dagegen nicht.“

Wie realitätsfern das Gesetz ist, zeigt nun der Fall von Vonovia: Deutschlands größter Wohnungskonzern kann hunderte entsprechend der Gesetzesvorgaben neu installierte Wärmepumpen nicht in Betrieb nehmen. Die Stromnetzkapazitäten sind zu gering. „Die Energiewende im Gebäudesektor wird von der Ampel ganz offensichtlich nicht nur mit der Brechstange, sondern auch an den Realitäten vorbeiorganisiert, allein der entsprechend notwendige Ausbau des Stromnetzes kostet Milliarden und dauert Jahre“, so Luczak.

Der Tausendsassa aus Tempelhof

Michael Abou-Dakn leitet Deutschlands größte Geburtshilfeklinik im Herzen Tempelhofs

Interview von Johannes Rudschies

Ein protestantischer Arzt mit arabischem Namen bei einem katholischen Träger – Professor Michael Abou-Dakn ist renommierter Chefarzt und Direktor der größten deutschen Klinik für Geburtshilfe und Gynäkologie im St. Joseph Krankenhaus (SJK). Er war Mitbegründer des ersten Studiengangs für Hebammen in Berlin und berät in zahlreichen Fachgesellschaften auch die Politik. Vor allem ist er aber eines: Ein echtes Tempelhofer Original. Wir haben mit ihm gesprochen.

Herr Abou-Dakn, Sie sind Chefarzt, Professor und Klinikleiter. Wie vereinbaren Sie das und wie viel Schlaf bleibt am Ende noch übrig?

(A-D lacht) Das Schlafbedürfnis nimmt im Alter natürlich zu, das war früher anders. Damals bin ich als Oberarzt tagsüber in der Klinik gewesen und habe nachts an Publikationen gearbeitet. Je mehr man allerdings auf die Leitungsebene geht, desto mehr entfernt man sich vom Patienten und der Forschung. Als Chefarzt gebe ich die grundlegenden Arbeitsstrukturen vor, begleite das Team auf seinem Weg durch den Klinikalltag und justiere immer wieder nach. Am Ende

soll die Medizin praktiziert werden, für die ich stehe.

Das heißt?

Das Menschliche muss im Vordergrund stehen. Gerade wegen der vielen Geburten in unserer Klinik ist es wichtig, dass sich Eltern bei uns sicher und geborgen fühlen. Ich habe früh verstanden, dass man High-Tech-Geburtshilfe zwar für den Notfall braucht, kompetente und kommunikativ geschulte Hebammen, Pflögende und Ärzte aber den eigentlichen Unterschied machen. Damit das funktioniert, müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Am SJK bin ich mit diesem Ansatz immer auf ein offenes Ohr gestoßen und habe mich deswegen für dieses Krankenhaus entschieden.

Dort haben Sie in Kooperation mit der

Evangelischen Hochschule Berlin den in Deutschland ersten Hebammenstudiengang begründet.

Ja, Ausbildung und Wissenschaft haben mich schon immer fasziniert. Gleichzeitig war mir klar, dass wir mehr und höher qualifizierte Hebammen brauchen. Den Kritikern der zunehmenden Akademisierung von Ausbildungsberufen sagte ich: Pflege und Hebammenkunde sind ein sehr spezieller, anspruchsvoller Bereich. Unser Konzept ist aufgegangen. Hier sind unsere Studierenden neben dem Fachlichen auch im Hinblick auf die Praxis bestens aufgestellt. Durch die Aufwertung des Berufsabschlusses haben wir mehr Bewerbungen als vor zehn Jahren und eine niedrigere Abbruchquote von Lernenden.

Von der Ausbildung zur Krankenhausreform: Wie stehen Sie zu den



Bild: ©Michael Abou-Dakn/SJK

Plänen von Gesundheitsminister Karl Lauterbach?

Wir versuchen unsere Expertise einzubringen. Laut Gesundheitsministerium sollen künftig Maximalversorger nur mit Kardiologie und hochspezialisierten Schlaganfall-Einrichtungen zusammen Geburtshilfe anbieten. Warum man dafür genau diese Kombination braucht, ist mir nicht klar – das haben wir kritisiert. In kleineren Geburtskliniken sollen dagegen nur im Notfall Ärzte zum Einsatz kommen, ansonsten ausschließlich Hebammen. Das geht völlig gegen das Sicherheitsbedürfnis von Paaren und den Fachgesellschaften, nach der jede Geburtshilfe auch mit kinderärztlicher Präsenz ausgestattet sein sollte, in jedem Fall aber auch mit geburtshilflicher-fachärztlicher Kompetenz.

Würden Sie Karl Lauterbach als Fachmann bezeichnen?

Ich habe ihn als klug und nachdenklich empfunden, ein guter Epidemiologe. Allerdings ist er Politiker und muss sich der Politik unterordnen. Die Vermischung von Wissenschaft



Bild: ©SJK

und Politik an dieser Stelle kann problematisch sein. Seinem Ruf als Fachmann hat das geschadet. Ich glaube nicht, dass die Krankenhausreform in dieser Form gelingen kann.

Von der großen Politik nach Tempelhof – was macht für Sie diesen Ortsteil aus?

Starker Wandel. Der Bezirk war, als ich klein war, extrem bürgerlich, fast schon spießig. Heute pulsiert er und vereint Gegensätze. Der Tempelhofer Damm vor 40 Jahren ist nicht zu vergleichen mit heute. Damals war ich an meiner Schule der erste Ausländer, heute würde das nicht mehr auffallen – das finde ich schön, bringt aber auch neue Herausforderungen.

Es gibt viel Historisches, aber auch Potenziale wie die Entwicklung des Südkreuzes. Ich bin dem Ortsteil nach wie vor stark verbunden.

Sie haben ihn ja auch nachhaltig geprägt – etwa als Sie vor 39 Jahren den Rocktreff im Volkspark Mariendorf mitgründeten.

Stimmt! Als Student bin ich auf den damaligen CDU-Stadtrat Udo Keil zugegangen mit der Frage, ob er nicht mehr für die Jugend machen könne. Zu diesem Zeitpunkt gab es in Kreuzberg bereits große Unterstützung für Jazzfestivals, genau das fehlte Tempelhof. Die Musiker waren da, aber es gab keinen Ort, an dem sie sich treffen und gemeinsam musizieren konnten. Keil war begeistert und hat uns gleich das Fußballstadion im Volkspark Mariendorf und 5.000 Mark angeboten. Meine damalige Band und die Friedensgemeinde Alt-Tempelhof haben dann die Plakate selbst gemalt und die ersten Festivals organisiert und bespielt. Inzwischen ist es eine Institution und findet jeweils an dem Wochenende vor den Sommerferien statt. Auch darauf bin ich sehr stolz!

Berlin

Würdiges Gedenken zum Jahrestag des Endes der Berlin-Blockade



Bild: ©Matthias Steuckardt

Die Berliner Luftbrücke vom 24. Juni 1948 bis zum 12. Mai 1949 sicherte nicht nur die Freiheit und Unabhängigkeit West-Berlins, sondern ist auch ein wichtiger Bezugspunkt für die Deutsch-Amerikanische Freundschaft.

Doch nicht nur die US Air Force versorgte die Berliner fast ein Jahr lang aus der Luft – auch Piloten aus Australien, Neuseeland, Kanada, Südafrika und Frankreich beteiligten sich an der Luftbrücke. Zum 74. Jahrestag ihres Endes fand am Luftbrückendenkmal am Platz der Luftbrücke in Tempelhof eine Gedenkveranstaltung mit zahlreichen Ehrengästen statt. Neben dem Regierenden Bürgermeister Kai Wegner nahmen zahlreiche Vertreter der Botschaften, der Bezirks- und Landespolitik sowie Zeitzeugen teil. Wegner hob die symbolische Bedeutung der Luftbrücke hervor, die Berlin auch in Zukunft verpflichtete, sich für die Freiheit aller Völker einzusetzen. Zudem betonte er die persönlichen Opfer, die alle Beteiligten aufbringen mussten, um

diese logistische Meisterleistung zu bewerkstelligen. Immerhin 101 Menschen verloren in Zusammenhang mit Unfällen während der Luftbrücke ihr Leben.

Für den Bezirk Tempelhof-Schöneberg nahmen der stellvertretende Bezirksbürgermeister Matthias Steuckardt und die Bezirksstadträtin Eva Majewski an der Gedenkveranstaltung teil. Zudem war der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion Tempelhof-Schöneberg Patrick Liesener vor Ort. Durch Unterstützung des Wachbataillons der Bundeswehr, eine Aufführung von Schülern der Gail S. Halvorsen Schule und strahlenden Sonnenschein erhielt die Veranstaltung einen außerordentlich würdigen Rahmen.

Traditionsbruch im Schöneberger Rathaus und "Weiter so" im Bezirk

Von Patrick Liesener, Vorsitzender der CDU-Fraktion Tempelhof-Schöneberg

Was waren das für spannende Wochen nach der Wiederholungswahl, aus der die CDU auch in Tempelhof-Schöneberg als neue stärkste Kraft in der Bezirksverordnetenversammlung hervorgegangen ist. Grüne und SPD haben ihre Mehrheit verloren. Um einen CDU-Bezirksbürgermeister dennoch zu verhindern, haben sie sich nun mit der Linkspartei zusammengetan. Der Preis für dieses Bündnis ist hoch. Für den eigenen Machterhalt musste am Ende sogar eine jahrzehntealte parlamentarische Tradition geopfert werden.



Bild: ©Tobias Koch

Im Bundestag und in den Landesparlamenten ist es Tradition und Praxis, dass das Amt des Präsidenten an die stärkste Fraktion geht. Die Bezirksverordnetenversammlungen verfahren nach dem gleichen Prinzip – in diesem Falle ein im wahrsten Sinne des Wortes ungeschriebenes Gesetz. In Tempelhof-Schöneberg hätte das Amt des Vorstehers entsprechend der CDU zugestanden. Allerdings forderte die drittplatzierte SPD das Amt für sich ein und die zweitplatzierten Grünen gaben gerne nach. Wo ist das Problem? Es geht um den Umgang von Mehrheiten mit Minderheiten.

Grüne und SPD begraben parlamentarischen Minderheitenschutz

Grüne, SPD und Linke nehmen sich mit ihrer Mehrheit das, was eigentlich

der CDU als Minderheit im Parlament zusteht. Bricht man erstmal mit einer Tradition, ist sie häufig nicht mehr zu reparieren. Wer heute in der Mehrheit ist, kann aber schon morgen auf Minderheitenschutz angewiesen sein. Dass ausgerechnet die Grünen dieses Spiel mitgespielt haben, überrascht.

Neuaufstellung im Bezirksamt

Als CDU blicken wir nach vorn: Mit Matthias Steuckardt stellen wir den neuen Stellvertretenden Bezirksbürgermeister und mit Eva Majewski als neuer Stadträtin für Stadtentwicklung und Facility Management gewinnen wir zwei wichtige Ressorts im Bezirksamt neu hinzu. Künftig gehören drei von sechs Stadträten der CDU an. Nun gilt es anzupacken und so viel CDU-Politik im Bezirk umzusetzen, wie nur möglich. Wir legen los, versprochen!



Bild: ©Johannes Rudschies

Rosen für den Rosengarten

Im Herzen des Germaniagartens steht der Rosengarten – allerdings sind statt Rosen vor allem Wildwuchs und Sperrmüll zu sehen. Die CDU möchte das ändern. „Die Anwohner wünschen sich weniger Sperrmüll und mehr Aufenthaltsqualität. Warum Bepflanzung und Pflege nicht bereits erfolgt sind, ist unerklärlich. Vielleicht sollte sich die zuständige Grüne Stadträtin nicht ausschließlich auf das Streichen von Parkplätzen, sondern mehr auf ihre Kernaufgaben fokussieren“, sagt der Bezirksverordnete Johannes Rudschies.

Aus dem Bezirksparlament

Regenbogenfahne vor Rathaus



Bild: ©Pixabay/ArtemBaba

Die Regenbogenfahne soll anlässlich der CSD-Parade und des Lesbisch-Schwulen Stadtfestes auch an den offiziellen Fahnenmasten vor den Rathäusern wehen. „Die Beflaggungsverordnung lässt dies zu. Wir verstehen nicht, warum der grüne Bezirksbürgermeister diesen Spielraum nicht nutzt“, wundert sich der Bezirksverordnete Carsten Buchholz. „Auch vor unseren Rathäusern soll die Regenbogenfahne an den offiziellen Masten und nicht nur auf dem Parkplatz hängen.“

Mehr Abfalleimer auf dem Richard-von-Weizsäcker-Platz

Regelmäßig beklagen Bürger fehlende Abfallbehälter auf dem Platz. Zwar gebe es dort viele Sitzmöglichkeiten, Müll könne aber nur schlecht entsorgt werden. Nachdem ein entsprechender CDU-Antrag in der Bezirksverordnetenversammlung eine Mehrheit fand, stellte die BSR zu Beginn des Jahres die neuen Abfalleimer auf. „Ein kleiner Beitrag für mehr Sauberkeit im Bezirk und ein Beispiel für bürgernahe Kommunalpolitik“, so die Antragsteller Carsten Buchholz und Markus Engelhardt.

Ein neues Stadtviertel rund um den Bahnhof Südkreuz

Von Ralf Olschewski



Bild: ©pixabay/652234

Lange hat es gedauert, bis sich aus dem Brachland nördlich des Sachsendammes zwischen Bahnhof Südkreuz und S-Bahnhof Schöneberg ein neues Stadtviertel entwickelt hat. Die Planungen gehen bis auf die Jahrtausendwende zurück. Dass hier große Firmenzentralen und mehrere tausend Wohnungen entstehen würden, konnte sich damals noch niemand vorstellen.

Ganz unbemerkt von der Öffentlichkeit ist ein „kleiner Potsdamer Platz“, dessen Flaggschiffe die Neubauten auf dem EUREF-Gelände sind, entstanden. Deshalb ist es wichtig, bei den noch ausstehenden Gebäuden genau darauf zu achten, dass ein Gleichgewicht zwischen historischer Bausubstanz und Neubau erhalten bleibt.

Welche Bebauung steht in den kommenden fünf Jahren noch an?

Die noch vorhandenen Brachen nördlich des Sachsendammes bis zur Bahnstrecke werden erschlossen. Außerdem steht die Neugestaltung des Gewerbegebietes an der Nauermannstraße an, wobei sich die CDU für den Erhalt des beliebten Biergartens einsetzt. Eine Ergänzung

der GSG-Gebäude südlich des Sachsendammes und der Autobahn, teils durch Hochhäuser, soll es ebenfalls geben. Hinzu kommt die Erschließung von Wasserwerkflächen östlich des Bahnhofs Südkreuz. Dadurch entstehen am Südkreuz einige Hochhäuser, die dem Viertel ein zeitgenössisches Antlitz verleihen. An der Suadicanistraße, direkt im Anschluss an den Bahnhof Südkreuz, ist ein Hochhaus allerdings aus stadtplanerischer Sicht ungeeignet. Auf Initiative der CDU hat die Bezirksverordnetenversammlung deshalb einstimmig beschlossen, die Hochhausplanung an dieser Stelle aufzugeben und eine Bebauung in typischer Berliner Traufhöhe von 22 Metern zu realisieren. Damit ist es gelungen, die verbleibende historische Bausubstanz am Südkreuz zu bewahren und zugleich eine zeitgemäße Stadtentwicklung zu realisieren.

Attilastraße und Boelckestraße – Grüne und SPD streichen zahlreiche Parkplätze in Tempelhof

Die Boelckestraße soll einen Radweg erhalten, dabei entfallen 130 Parkplätze. Eine Umfrage unter den Anwohnern ergab, dass über 80 Prozent der Befragten gegen die Pläne der Grünen Stadträtin Saskia Ellenbeck sind. Diese lässt sich nicht beirren und führt ihre Planung fort. Zugleich entfallen auch in der Attilastraße Stellplätze.

„Ein moderner und sicherer Radweg in der Boelckestraße ist auch ohne den massiven Wegfall von Parkplätzen möglich“, so der Bezirksverordnete Johannes Rudschies. Dennoch soll hier laut Ellenbeck „eine Lücke geschlossen“ werden, den Wegfall der Parkplätze bezeichnet sie verharmlosend als „mobilitätsgesetzkonform“. Ärger gibt es auch über die Attilastraße. Hier weichen ebenfalls

zahlreiche Stellplätze einem Radweg. Das bezeichnet Verkehrspolitikerin Lisa Glowatz als „unverständlich“, denn die Attilastraße sei nicht Teil des Radvorrangnetzes.

Ärger über Attilastraße

Im sogenannten Radvorrangnetz aus dem Jahr 2018 ist genau festgeschrieben, welche Straßen künftig für den Radverkehr nutzbar gemacht werden sollen. Demnach sollen 2.376 Kilometer Straßenland bis 2030 für den Radverkehr erschlossen werden. Die bisherige Bilanz fällt allerdings ernüchternd aus. Laut Changing Cities wurden bislang nur 113 Kilometer fertiggestellt. „Vor diesem Hintergrund kann ich nicht nachvollziehen, warum jenseits des Radvorrangnetzes Zeit, Geld und Personal in andere Strecken



Bild: ©pixabay/Conteur

investiert werden und das auch noch gegen den Willen der Anwohner“, so Rudschies. Sämtliche CDU-Anträge zur Rettung der Parkplätze in der Boelcke- und Attilastraße wurden von Grünen, SPD und Linken abgeschmettert. Ellenbeck wiederum arbeitet bereits an der nächsten Umgestaltung. Auch in der Manfred-von-Richtofen-Straße sollen zahlreiche Parkplätze wegfallen.

Seniorenmesse 2023 – Unionhilfswerk stellt Angebote vor

Von Jutta Kaddatz, Stadträtin a.D.

Im Februar war es wieder soweit! Bezirksstadtrat Matthias Steuckardt lud ein zur traditionellen Seniorenmesse mit zahlreichen Besuchern.

Viele Aussteller präsentierten dem überregionalen Publikum ihr zielgruppengerechtes Angebot - von „A“ wie „Aktivitäten zur Gesundheitsförderung“ über „R“ wie „Reisen für die ältere Generation“ bis „Z“ wie „Zeichnen lernen bei der Volkshochschule.“ Polizei und Ordnungsamt waren ebenfalls sehr gut vertreten und standen als Ansprechpartner für die Sorgen der

älteren Generation zur Verfügung.

Der Stand des Unionhilfswerkes Berlin (UHW) stand dieses Mal unter dem Motto „Wir für die Menschen in Berlin“ und war äußerst stark nachgefragt. Bereits nach kurzer Zeit musste Nachschub an Informationsmaterial aus der Geschäftsstelle geholt werden! Ob Freizeitgestaltung, Seniorentreffs, Reisen, Auskünfte über Möglichkeiten der Pflege und Hospizbegleitung – die Nachfragen kamen aus nahezu allen Bezirken zu allen Themenkreisen des UHW. Dieses Interesse ist uns Ansporn,



auch im nächsten Jahr wieder auf der Seniorenmesse in Tempelhof-Schöneberg mit dem UHW vertreten zu sein. Unser Dank gilt allen, die uns unterstützt haben!

Nach 27 Jahren – Neubeginn für die Berliner Bildungspolitik

Ein Kommentar von Roman Simon, MdA

Ende April war es soweit: Nach mehr als 27 Jahren sozialdemokratisch geführter Senatsverwaltung für Bildung erfolgte mit der Ernennung von Katharina Günther-Wünsch zur Senatorin für Bildung, Jugend und Familie endlich der langersehnte Wechsel im Bildungsressort. Dafür war die Zeit überreif. Selbst Sozialdemokraten hatten sich zuletzt dafür ausgesprochen, das Bildungsressort nicht mehr führen zu wollen.

Auch wir Bildungspolitiker der CDU haben diesen Moment herbeigesehnt. Die letzte SPD-Senatorin las zum Teil stundenlang aus Vorlagen ihrer Verwaltung vor. Jahrzehntlang hat sich eine Art Mehltau über die Berliner Bildungspolitik gelegt. Mit der neuen Senatorin wird nun ein Paradigmenwechsel eingeleitet.

Günther-Wünsch kommt aus der Praxis. Zunächst Studienrätin, wurde sie im Jahr 2017 stellvertretende Schulleiterin an der Walter-Gropius-Schule in Neukölln. 2021 kandidierte sie erstmals für das Berliner Abgeordnetenhaus und wurde



prompt mit großem Vorsprung direkt gewählt. Sie gehört zu dem kleinen Personenkreis, den der heutige Regierende Bürgermeister Kai Wegner bereits vor der Berliner Nachwahl in sein Schattenkabinett aufnahm.

Wichtig ist der CDU: Schluss mit Ideologie in der Schule! Wir brauchen Schulplätze. Wir brauchen Lehrerinnen und Lehrer. Und wir brauchen Leistung. Eine Einheitsschule wird es mit uns ebenso wenig geben, wie die Abschaffung einer Schulform. Es geht darum, viele gute, viele unterschiedliche Angebote vorzuhalten. Unsere Gesellschaft kann sich kein

Schulschwänzen und keine Schulabbrecher leisten. Wir wollen, dass die Schülerinnen und Schüler nach der Schulzeit eine echte Perspektive bekommen. Dazu müssen die Ergebnisse endlich besser werden. Denn regelmäßig landen Berliner Schüler bei bundesweiten Vergleichen auf dem letzten Platz. Die Platzierung bei internationalen Vergleichen ist ebenfalls schlecht. Günther-Wünsch hat für die kommenden drei Jahre die Devise ausgegeben: Keine Bildungspolitik mit großem ideologischem Überbau, sondern gemeinsam mit den Schulen die drei großen Baustellen mehr Schulplätze, mehr Lehrerinnen und Lehrer und mehr Leistung angehen.

Ihre erste Maßnahme: Schulen dürfen ab sofort wieder selbstständig Lehrer einstellen und sind nicht länger an starre Verwaltungsvorgaben gebunden. In der Vergangenheit waren einfach zu viele Fachkräfte nach Brandenburg abgewandert, weil sie nicht an ihre Wunschschule gehen konnten – obwohl die Ziel-schule grünes Licht gegeben hatte.

Richtfest beim Gasometer

Von Peter Mair



Weniger als zwei Jahre nach der Grundsteinlegung für den Innenausbau des Schöneberger Gasometers wurde auf dem EUREF-Campus nun Richtfest gefeiert. Mit der denkmalgerechten Sanierung und dem modernen Ausbau des Gasometers wird ein Berliner Wahrzeichen wieder zum Leben erweckt.

Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner ist voll des Lobes: „Der EUREF-Campus erfüllt die Klimaziele der Bundesregierung für 2045 schon heute und beweist damit, dass CO₂-Neutralität längst realisierbar ist. Rund 5.000 Menschen haben hier einen attraktiven Arbeitsplatz gefunden. Der Gasometer ist inzwischen 113 Jahre alt, nun wird er zu einem Zukunftsort.“

Parallel zum Bau des neuen Bürogebäudes wird die historische Stahlstruktur des Gasometers unter Einsatz von Sandstrahltechnik denkmalgerecht saniert und bleibt damit erhalten. Der gläserne Neubau im Inneren wird dem einstmaligen auf- und abfahrenden Gasbehälter nachempfunden. Das Stahlgerüst dient dabei als Rahmen für den runden Neubau. Die größtenteils gläserne Fassade wird eine hohe Lichtdurchlässigkeit des Gebäudes sicherstellen. Im historischen Stahlmantel im unteren Bereich



des Gasometers entsteht ein neuer Veranstaltungssaal. Die Dachterrasse auf der obersten Etage wird einen einzigartigen Blick über Berlin bieten und der Öffentlichkeit zugänglich sein.

Im kommenden Jahr soll die Deutsche Bahn als Mieterin in das neue Bürogebäude einziehen. Etwa 2.000 Mitarbeiter der Deutschen Bahn sollen dort an Zukunftsprojekten wie der „Digitalen Schiene“ arbeiten und die Digitalisierung des Streckennetzes vorantreiben.

Künstliche Intelligenz als Chance begreifen

Von Gabriele Köstner

Im Mai lud die MIT Tempelhof-Schöneberg zusammen mit der LSU in die Kanzlei Geismar zur Veranstaltung „Künstliche Intelligenz“ Der Informatiker Hendrik Nitsche von der Lambdaray GmbH berichtete von den Möglichkeiten der Anwendung der KI im Mittelstand.

Das Programm „Chat GPT“ oder auch der „Bing“ Chatbot sind zurzeit in aller Munde. Künstliche Intelligenz ist zweifellos eine der Schlüsseltechnologien unserer Zeit und bietet ein enormes Potenzial für Unternehmen aller Größenordnungen. Insbesondere für den Mittelstand ergeben sich zahlreiche Chancen.

Chancen auch für mittelständische Unternehmen

Programme für automatisierte Aufgaben über Anlernfunktionen oder maschinelles Lernen haben bereits

Einzug gehalten. Hier werden bereits viele Aufgaben durch Workflows und angepasste Prozesse au-



tomatisiert. Des Weiteren wird die Qualitätssicherung an vielen Stellen durch Echtzeitanalysen und Abweichungserkennung unterstützt. Durch die Neuentwicklung von Chatbots und virtuellen Assistenten werden bereits erste Versuche für die Lösung von

Kundenfragen auf den Weg gebracht. Dadurch verbessert sich nicht nur der Kundenservice, sondern es können auch Ressourcen eingespart werden, da Mitarbeiter nicht mehr mit repetitiven Anfragen belastet werden.

Kundenservice wird verbessert

Datenanalysen, welche bisher mühsam per Excel oder mit anderen elektronischen Auswertungsprogrammen erledigt wurden, sind Aufgaben, die per KI-Mustererkennung schneller und genauer erledigt werden können. Das ermöglicht Mittelständlern, ihre Kunden besser zu verstehen und maßgeschneiderte Lösungen anzubieten. „Es liegt nun in der Hand der Unternehmen, die Chancen zu erkennen und die Potenziale von Künstlicher Intelligenz zu nutzen“, so Hendrik Nitsche. Sein Rat: „Einfach mal ausprobieren!“

Was ist drin für Schöneberg

Der schwarz-rote Koalitionsvertrag unter der Lupe

Von Katharina Senge, MdA

In intensiven Koalitionsverhandlungen hat sich die CDU mit der SPD auf einen Plan für Berlin und einen politischen Neustart geeinigt. Die Stadt soll sicherer und sauberer werden, eine moderne und bürgernahe Verwaltung erhalten, der Verkehr soll für alle besser fließen und die Wohnungsnot bekämpft werden. Doch was bedeutet das konkret für Schöneberg?

Viele Anwohner wünschen sich eine größere Präsenz von Polizei und Ordnungsamt in Schöneberg. Die Schwarz-Rote Landesregierung hat sich daher vorgenommen, die Beamten mit besserer Technik auszurüsten und mehr Personal zu gewinnen. Wie in anderen Bundesländern auch sollen Taser und Bodycams künftig zur Ausstattung gehören. Taser helfen, den Einsatz von Schusswaffen zu minimieren. Bodycams tragen zur Aufklärung von Verbrechen auf der einen und dienstrechtlicher Vergehen auf der anderen Seite bei. Hohe Priorität genießt zudem die Sicherheit in Parks und die Pflege der Grünflächen. So soll der Ablage von illegalem Sperrmüll Einhalt geboten und die Aufenthaltsqualität insbesondere auch für Frauen und in den Abendstunden verbessert werden.

Ein Neustart für die Kurfürstenstraße

Die Prostitution rund um die Kurfürstenstraße bereitet Anwohnern und Gewerbetreibenden Sorge. Sie beklagen negative Begleiterscheinungen wie Lärm und Müll, Kriminalität und Aggression auf der Straße. Viele Jahre blickte die Politik weg. Die CDU hat das Thema zurück auf die Tagesordnung geholt. Ausbeutung, Zuhälterei und Menschenhandel werden mithilfe verstärkter Kontrollen der Kampf angesagt. Gleichzeitig sollen die sozialen Angebote für die Prostituierten im Kiez ausgebaut werden. Besonders wichtig dabei ist die geplante Förderung von Ausstiegsprogrammen, die die Frauen, die das möchten, dabei unterstützen, sich neu zu orientieren.



Katharina Senge ist die erste Schöneberger CDU-Abgeordnete seit sieben Jahren. Sie kennt den Ortsteil wie ihre Westentasche. Besonders gern geht sie im Schöneberger Norden spazieren und entdeckt die Street-Art-Kunstwerke rund um die Bülowstraße. Die Koalitionsverhandlungen begleitete sie intensiv als Mitglied in der Verhandlungsgruppe „Stadt der Vielfalt“. Sie ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Integration der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus.

Bilder: ©Katharina Senge

Die Verrichtungsboxen, die viele Menschen als entwürdigend empfinden, werden abgebaut und durch ordentliche Sanitäranlagen ersetzt.

Die Regenbogenhauptstadt

Berlin hat eine der größten LSBTIQ-Communities in Europa. Als Schöneberger sind wir stolz auf unseren Regenbogenkiez, das historische Zentrum der Community und einer freien und toleranten Gesellschaft. Unter der Überschrift „Die Regenbogenhauptstadt“ enthält der Koalitionsvertrag einen bunten Strauß an Vorhaben, angefangen beim Schutz vor Gewalt und Diskriminierung über Angebote für queere Jugendliche und Regenbogenfamili-



en und eine lebendige Erinnerungskultur bis hin zur Verbesserung der medizinischen Versorgung und der Ausweitung von Beratungsangeboten. Das Regenbogenhaus als Heimat für verschiedene Beratungsstellen und Projekte aus der und für die Community soll endlich Wirklichkeit werden. Die CDU Tempelhof-Schöneberg ist der Meinung: Das Regenbogenhaus gehört in den Regenbogenkiez in Schöneberg!

Zusammenhalt und Bildung stärken

Außerdem soll der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt werden. Die beim Gipfel gegen Jugendgewalt erarbeiteten Maßnahmen müssen umgesetzt, Bildungseinrichtungen besser ausgestattet und gute Bildung unabhängig vom Elternhaus ermöglicht werden. Berlin wird daher ein eigenes Sprachkita-Programm einführen, nachdem die Ampel auf Bundesebene diese wichtige Möglichkeit der Sprachförderung im Vorschulalter abgeschafft hat. Mit einem Kita-Chancenjahr werden Kinder mit Sprachdefiziten von Anfang an systematisch unterstützt, damit ihnen alle Entwicklungsperspektiven offenstehen.

Europa trifft Bezirkspolitik

Vernetzung über Bezirksgrenzen hinweg

Von Hildegard Bentele, MdEP

In Viertel der über 200 Berliner CDU-Bezirksverordneten sind unter 40 Jahre alt. Um diesen die Möglichkeit zu geben, sich zu vernetzen und gleichzeitig europäisches Wissen für ihre Arbeit mitzugeben, veranstaltete die Europaabgeordnete Hildegard Bentele ein Vernetzungstreffen.

Aus Tempelhof-Schöneberg nutzen die neue Stadträtin für Stadtentwicklung und Facility Management, Eva Majewski, sowie der Bezirksverordnete Johannes Rudschies die Gelegenheit, sich mit anderen Verordneten, Stadträten und Fraktionsvorsitzenden aus ganz Berlin auszutauschen. In einer Podiumsdiskussion ging es um die Chancen und Möglichkeiten, die sich aus der hohen Zahl junger Verordneter ergeben. Der jüngste Europaabgeordnete der Union, Christian Doleschal, berichtete außerdem über seinen Werdegang. Mit einem Vortrag über die Europäische Akademie Berlin und die Europa Union wurden darüber hinaus zwei Institutionen vorgestellt, die aus der politischen Bildung nicht mehr wegzudenken sind.



Bild: ©Felix Schönebeck

„Die nächste Generation steht in den Startlöchern und ich freue mich, dass frischer, junger Wind in den Bezirksverordnetenversammlungen eingezogen ist. Der CDU gibt das die Möglichkeit, noch bessere Politik zu machen. Ich möchte Nachwuchspolitiker motivieren, bei ihrer Arbeit

immer auch Europa mitzudenken, sind doch viele Lokalthemen mit Europa verknüpft. Dazu kommen durch EU-Gelder geförderte Bauvorhaben und soziale Projekte. Das Wissen darüber wird unseren Verordneten helfen, die beste Politik für Berlin zu machen“, so Bentele.

Pride Month – CDU will Regenbogenhaus nach Schöneberg holen

Von Dr. Carsten Buchholz



Bild: ©Matthias Steuckardt

Der von der CDU geführte Senat will ein Regenbogenhaus zur Vernetzung und als Zentrum für die queere Community schaffen. Die CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung hat daher beantragt, dass sich der Bezirk Tempelhof-Schöneberg für dieses Regenbogenhaus beim Berliner Senat bewerben soll.

Auch soll ein geeignetes Grundstück gefunden werden. „Die Gegend um den Nollendorffplatz ist das schwul-lesbische Zentrum Berlins. Hier haben sich viele Beratungs- und Anti-Gewalt-Projekte angesiedelt“, so der queerpolitische Sprecher

der Fraktion, Klaus Hackenschmied. „Deshalb ist dieser Schöneberger Kiez ein idealer Standort für das geplante Regenbogenhaus, das der Vernetzung von queeren Initiativen, Beratungsstellen und Projekten dienen soll, aber auch ein Safe Space könnte hier entstehen.“ Ganz bewusst hatte die CDU-Fraktion ihren Antrag für die Sitzung am 17. Mai 2023 eingebracht, dem Internationalen Tag gegen Homophobie, Biphobie, Interphobie und Transphobie. „Gewalt und Hassverbrechen gegen queere Menschen sind leider auch bei uns Bezirk keine Seltenheit. Wir wollen mit unserem Antrag ein Zeichen setzen, dass wir dies nicht dulden.“

Für Sie Vor Ort

CDU TEMPELHOF-
SCHÖNEBERG

CDU TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Kolonnenstraße 4 | 10827 Berlin
Kreisgeschäftsführer: Patrick Reichardt
Telefon: 030 751 33 88 | info@cdu-ts.de
www.cdu-ts.de

CDU-FRAKTION TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Rathaus Schöneberg, Raum 3054
John-F.-Kennedy-Platz | 10820 Berlin
Telefon: 030 784 83 96 | info@cdu-fraktion-ts.de
www.cdu-fraktion-ts.de

BÜRGERBÜRO DR. JAN-MARCO LUCZAK MDB

Kolonnenstraße 4 | 10827 Berlin
Telefon: 030 757 04 264
jan-marco.luczak@bundestag.de
www.luczak-berlin.de

KATHARINA SENGE MDA

Telefon: 0151 542 73 477 | post@katharina-senge.de
www.katharina-senge.de

FRANK LUHMANN MDA

Telefon: 030 751 33 88 | info@frank-luhmann.de
www.frank-luhmann.de

BÜRGERBÜRO ROMAN SIMON MDA

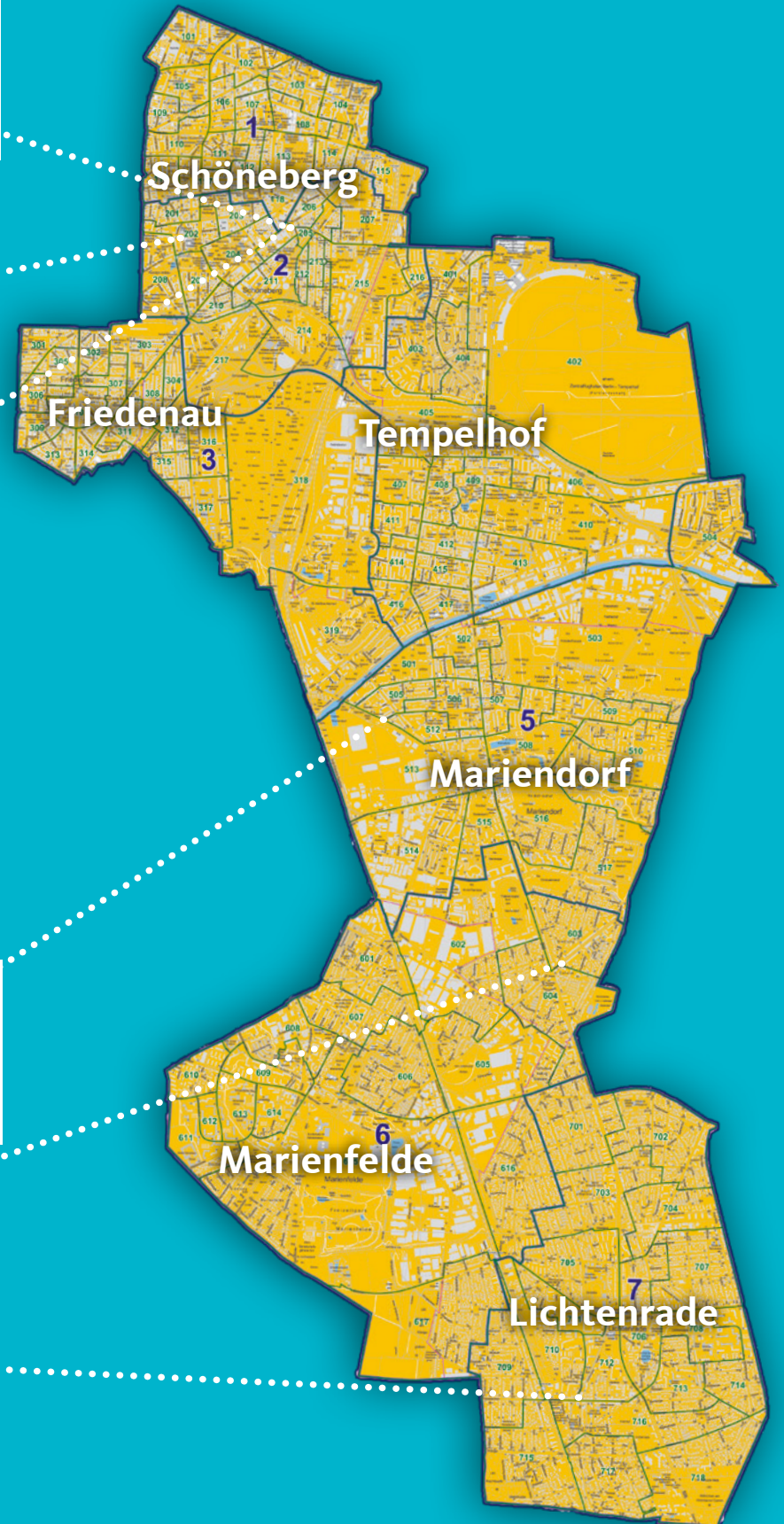
Kaiserstraße 144 | 12105 Berlin
Telefon: 030 74 00 1591
info@romansimon.de
www.romansimon.de

BÜRGERBÜRO SCOTT KÖRBER MDA

Tauernallee 4 | 12107 Berlin
Telefon: 030 74 00 1590
kontakt@scottkoerber.de
www.scottkoerber.de

BÜRGERBÜRO CHRISTIAN ZANDER MDA

Bahnhofstraße 10 | 12305 Berlin
Telefon: 030 499 25 895
info@christian-zander.de
www.christian-zander.de



blickpunkt **TS** IMPRESSUM/BILDHINWEISE

HERAUSGEBER: CDU Tempelhof-Schöneberg, Kolonnenstraße 4 | 10827 Berlin
info@cdu-ts.de | www.cdu-ts.de | V.i.S.d.P.: Dr. Jan-Marco Luczak MdB
REDAKTIONSSCHLUSS: 01. Juni 2023

REDAKTION: Chefredakteur: Johannes Rudschies | redaktion.blickpunkt-ts@cdu-ts.de
LEKTORAT: Denis McGee | SATZ/LAYOUT: André Laurman-Urbanski | DRUCKEREI: H. Heenemann
ALLGEMEINER HINWEIS: Die Redaktion ist Inhaberin der Bildrechte, falls keine gesonderten Urheber- oder Quellenverweise benannt sind. Bildverwertungen sind nur mit Genehmigung und Quellenangabe zulässig.